

Arbeiten – aber wie?

Arbeit zwischen Deregulierung, (Selbst-)Disziplinierung und Verteilungsgerechtigkeit

Mit dem Titel des Beitrages „Arbeiten – aber wie?“ soll auf zwei Aspekte bzw. Problematiken von Arbeit hingewiesen werden:

- 1) Zum einen werden immer mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit gedrängt und damit wird ihnen auch die Möglichkeit der Sicherung ihrer Existenzgrundlage weitgehend entzogen. Die Chancen, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden, werden für viele immer geringer bzw. prekärer.
- 2) Zum anderen soll damit auf die Veränderung der Formen von Arbeit bzw. Arbeitsverhältnissen aufmerksam gemacht und eine Perspektive aufgezeigt werden, wie Arbeit in einer demokratischen Gesellschaft gestaltet werden soll und kann. Denn die Verteilung von Arbeit und die Problematik, ob bestimmte Tätigkeiten überhaupt als Arbeit anerkannt werden, folgt schließlich nicht einer „unpolitischen Sachzwanglogik“, sondern ist Interessen- und Machtpolitik.

Prekäre Arbeit, prekäres Leben

Dass das Thema Arbeit nun seit einigen Jahren wieder verstärkt im Mittelpunkt öffentlicher Debatten steht, hat damit zu tun, dass die Arbeitslosigkeit steigt, in manchen Regionen sogar von Massenarbeitslosigkeit gesprochen werden muss, wobei Österreich mit einer Arbeitslosenquote von 7,4% im europäischen Vergleich noch relativ gut dasteht. Zu betonen ist hier aber, dass gerade mit der europäischen Erhebungsmethode eine Schönung der Statistiken betrieben wird – die Arbeitslosen-Quote reduziert sich in Österreich nach dem Labour-Force-Konzept so auf etwa 4,5%.

Wir haben es aber nicht nur damit zu tun, dass die Arbeitslosigkeit zunimmt, sondern auch damit, dass Arbeit immer unsicherer wird und eine vielfältige Differenzierung von Arbeitsverhältnissen eingeleitet wurde. Arbeit zu haben und zugleich eine gesicherte Existenz, ist nicht mehr unbedingt miteinander verbunden. Unter dem Stichwort „prekär“ oder „atypisch“ firmieren eine Vielzahl von Beschäftigungsformen, wobei festzustellen ist, dass atypisch zunehmend typisch wird und damit auch eine geschlechtsspezifische und ethnische Spaltung hergestellt und verfestigt wird, da vor allem Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund prekär beschäftigt sind.

In Österreich lag etwa die Teilzeitquote 2008 mit 23,2% über dem EU-27-Durchschnitt von 18,2%. Außerdem konzentriert sich diese Beschäftigungsform in Österreich wesentlich stärker auf Frauen: 2008 waren in Österreich bereits 42,1% der Frauen teilzeitbeschäftigt.¹ In Tirol stellte die Arbeiterkammer schon 2006 fest, dass bereits 54,5% der Frauen Teilzeit beschäftigt sind.² Es soll hier aber nicht auf die diversen Beschäftigungsformen eingegangen werden, die in den letzten Jahren etabliert wurden. Politisch interessanter ist die Frage, warum sie etabliert wurden.

Seit der Mitte der 1980er-Jahre und vermehrt noch seit den 1990er-Jahren haben wir es mit einem grundlegenden Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik zu tun. Dieser Paradigmenwechsel manifestiert sich in erster Linie in Flexibilisierungen und der Etablierung neuer Arbeitsformen und Produktionstechnologien sowie einer Inter- und Transnationalisierung von ökonomischen Prozessen. Seit den 1990er-Jahren wird das Phänomen unter dem Stichwort „Globalisierung“ verhandelt. Rationalisierungsmaßnahmen und Produktionsverlagerungen führten zu einem Steigen der Arbeitslosigkeit. Begegnet wurde dem mit einer Deregulierung von arbeits- und sozialrechtlichen Schutzbestimmungen, deren Folge eine Zunahme prekärer Beschäftigung war. Gleichzeitig sind die Möglichkeiten staatlicher Gestaltung durch eine Deregulierung des internationalen Finanzsystems und einer selbstauferlegten Sparideologie (siehe den Vertrag von Maastricht) eingeschränkt.³

Es kam zu einem Wechsel von einer nachfrageorientierten hin zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Das heißt, nicht steigende Löhne und entsprechender Konsum sollen die Wirtschaft ankurbeln, sondern Kostenersparnisse für Unternehmen. Ich greife die Beispiele der Steuersenkung und der Arbeitskostensenkung heraus:

- 1) Das primäre Kriterium der Steuerlastenverteilung ist im neoliberalen Kapitalismus nicht mehr die Belastung nach Leistungsfähigkeit – also: je höher das Einkommen, desto höher die Steuerlast –, sondern die Unfähigkeit zur Steuervermeidung. Und die Unfähigkeit, Steuern zu vermeiden, trifft vor allem auf abhängig Beschäftigte zu. Dem Prinzip der Leistungsfähigkeit und der solidarischen Verantwortung wird damit weitgehend eine Absage erteilt. Bereits Mitte der 1990er-Jahre betrug das Aufkommen an Vermögenssteuern⁴ in Österreich nur mehr 1,6% des gesamten Abgabenaufkommens. Österreich bildete damit das Schlusslicht unter den OECD-Ländern und erweist sich als Steueroase für VermögensbesitzerInnen. Sogar die Vorreiterländer des Neoliberalismus – etwa die USA oder Großbritannien – haben ein etwa zehnmal so hohes Vermögenssteueraufkommen als Österreich. Die Umverteilungswirkung der österreichischen Sozial- und Steuerpolitik war immer schon marginal, nun wurde aber eine Umverteilung von unten nach oben eingeleitet.⁵
- 2) Zentral ist aber auch die Senkung der Arbeitskosten, die letztlich auch die Töpfe der Sozialversicherung unter Druck setzt. Diese erfolgte im Wesentlichen über die Etablierung neuer, atypischer Beschäftigungsformen, bei denen in der Regel geringere Lohn- und Lohnnebenkosten (also auch Beiträge zur Sozialversicherung) anfallen. Darüber hinaus war die Lohnentwicklung gerade

der letzten Jahre generell sehr moderat: Bei einem Teil der Arbeiterinnen (bis zum Medianeinkommen⁶) und der weiblichen Angestellten (bis zu den untersten vier Dezilen⁷) lag die Entwicklung der Löhne sogar unter der Preissteigerung.⁸ Auch Männerlöhne sind heute immer weniger Familienlöhne, ohne dass auf Seiten der Frauen ein Ausgleich erfolgt wäre. Außer bei Hochqualifizierten bewegen sich Fraueneinkommen immer noch auf dem Niveau von Zuverdiensenden, während die Einkommensschere wieder auseinander geht: Anfang März 2009 ging die Meldung über die Medien, dass laut dem Einkommensbericht der EU-Kommission die geschlechtsspezifische Einkommensdifferenz in Österreich auf 25,5% stieg, während sie im EU-Durchschnitt bei 17,4% liegt – Österreich belegt damit den vorletzten Platz im EU-Ranking. 2010 hat sich daran nichts geändert, einzig in Estland sind die Einkommen zwischen den Geschlechtern noch ungleicher verteilt als in Österreich. Während ein Mann im Durchschnitt für eine Stunde Arbeit 14,74 Euro verdient, beläuft sich das Brutto-Stundeneinkommen von Frauen nur auf 10,99 Euro.⁹

Die Europäische Union erwies sich mit ihrer ausschließlich auf den Markt bezogenen Integrationspolitik als treibende Kraft dieser Entwicklungen. Wirtschaftswachstum und Wohlstand sollen in erster Linie durch Wettbewerbsintensivierung und Kosteneinsparung erzielt werden. Überdies wurden sozialstaatliche und arbeitsrechtliche Regelungen als Bremsen volkswirtschaftlicher Entwicklung denunziert. Die Strategien der Flexibilisierung und Liberalisierung von sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Regelungen wurden mit der Hoffnung auf Standortsicherung, Abbau der Arbeitslosigkeit und der Entlastung der öffentlichen Haushalte verknüpft.¹⁰

Durch die flexiblen Beschäftigungsverhältnisse erhöhte sich zwar die Zahl der Arbeitsplätze, das Gesamtvolumen der Arbeit blieb aber gleich.¹¹ Heute wissen wir, dass diese Hoffnung in Bezug auf die Reduktion der Arbeitslosigkeit unbegründet war, beinahe drei Jahrzehnte neoliberale Politik haben bislang nicht gekannte Arbeitslosenraten, Armut, zunehmende soziale Ungleichheit und eine internationale Wirtschafts- und Finanzkrise hinterlassen.

Arbeiten zwischen Deregulierung, (Selbst-)Disziplinierung und Umverteilung

Wie gestaltet sich Arbeit nun zwischen Deregulierung, (Selbst-)Disziplinierung und Umverteilung?

Die Atypisierung, Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, die zu einer Prekarisierung nicht nur der Arbeits-, sondern auch der Lebensbedingungen führte, brachte eine neue Sozialfigur hervor: die Arbeitskraftunternehmerin oder die Ich-AG. Auch wenn der Arbeitskraftunternehmer nicht der dominante Arbeitskrafttypus geworden ist und auch in näherer Zukunft nicht werden wird, so bleibt das Modell doch nicht ohne Auswirkung auf die Anforderungen an Beschäftigte generell.¹² Wollte man im sozialstaatlich regulierten Kapitalismus noch die

Macht des Marktes beschränken und das Individuum vom Marktrisiko zumindest zum Teil befreien, so läutete die neoliberale Wende das Zeitalter der Eigenverantwortung und der Überwälzung unternehmerischer Risiken auf die abhängig Beschäftigten ein. Die Abhängigkeit bleibt also bestehen, während sozial- und arbeitsrechtliche Sicherungen und Schutzbestimmungen durchlöchert werden.

Dass Erwerbstätige in Zukunft immer mehr als „Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft“ agieren werden oder müssen, tauchte in diversen Diskussionen schon Mitte der 1980er-Jahre auf.¹³ Die „unternehmerische Tätigkeit“ bezieht sich nun nicht mehr nur auf den schlichten Verkauf der eigenen Arbeitskraft, sondern besteht auch in der Anforderung, in die Veräußerung der Arbeitszeit unternehmerische Initiative, Kreativität und Verantwortung zu legen. Arbeit und Arbeitszeit sollen investiert werden in der Hoffnung auf die Erlangung einer bezahlten Arbeit. Der Ohnmachtserfahrung tatsächlicher oder drohender Arbeitslosigkeit soll der Aktivismus des Unternehmertums entgegengehalten werden. Erfolg oder Scheitern liegen dann auch in der eigenen Verantwortung und nicht mehr in der staatlichen Arbeitsmarktpolitik.

Menschen, die keine UnternehmerInnen sind, sollen sich also wie UnternehmerInnen verhalten. Im Zuge neoliberaler Politik wird so die Figur des Unternehmers oder der Unternehmerin über den Bereich der Wirtschaft hinaus dominant: Jede und jeder von uns ist – zumindest – UnternehmerIn ihrer oder seiner selbst.¹⁴ Damit bleibt es auch uns selbst überlassen, uns zu disziplinieren, unsere Employability („Beschäftigungsfähigkeit“) zu steigern und lebenslang zu lernen. Wer sich den neuen Bedingungen nicht anpassen will oder kann oder „lernunwillig“ ist, ist selbst Schuld. Was hier geschieht ist eine Individualisierung struktureller Probleme, während der Staat seine Gestaltungsaufgabe und soziale Verantwortung zunehmend aufgibt. Der sozialstaatlich regulierte Kapitalismus als Projekt einer institutionalisierten klassenübergreifenden Solidarität zerbricht und macht einem Trend der Entsolidarisierung und einer neoliberalen Eigenverantwortungslogik Platz.

Die Veränderung der Arbeitsverfassung, d. h. die Einführung neuer Beschäftigungsformen, drängte vor allem gering qualifizierte Beschäftigte in riskante Beschäftigungsformen wie Leiharbeit, befristete Beschäftigungen, abhängige Selbstständigkeit oder in das SubunternehmerInnentum. Dem steht ein leistungsmäßig reduzierter Sozialstaat gegenüber, der immer weniger in der Lage ist, vor Armutsrisiken zu schützen. Die Ideologie der marktaktivierenden Sozialpolitik setzt in gewisser Weise auf geringen Schutz, wenn etwa „Aktivierung vor passiver Versorgung“ als Ziel formuliert wird.¹⁵ Das Prädikat „sozial“ erhält dann einen zynischen Beigeschmack. Auch im „Zweiten Österreichischen Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung 2008–2010“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit wird im Sinne der Aktivierungspolitik von einer „Modernisierung der Zumutbarkeitsbestimmungen“ in der Arbeitslosenversicherung gesprochen, „um die Anreize für die Arbeitsaufnahme zu stärken“.¹⁶ Unterstellt wird den Arbeitslosen damit generell Arbeitsunwilligkeit – wie zynisch das ist, wenn gleichzeitig Menschen ab 50 oder schon früher als schwer vermittelbar gelten und kaum noch Chancen am Arbeitsmarkt haben, muss nicht erläutert werden. Begriffe wie

Modernisierung, Reform oder Eigenverantwortung erhalten immer mehr eine bedrohliche Dimension – inzwischen ist weitgehend klar geworden, dass damit meist Zwang, Schutzlosigkeit und ein Abbau von sozialen Rechten gemeint ist.

In Hinblick auf die massive Zunahme der Teilzeit- und atypischen Beschäftigungen bleibt festzuhalten, dass damit bereits eine reale Arbeitszeitverkürzung – allerdings ohne Lohnausgleich – stattfand. Das bedeutet, dass die Produktivitätssteigerungen der letzten drei Jahrzehnte nicht mehr umverteilungswirksam wurden. Umverteilungsmechanismen zugunsten unterer Schichten wurden außer Kraft gesetzt. Und das ist eine Frage des Kräfteverhältnisses von Gewerkschaften und Unternehmern. Die reale durchschnittliche Arbeitszeit beträgt in Österreich derzeit 42,9 Stunden – schon eine Verkürzung auf 39 Stunden pro Woche würde 84.000 Jobs schaffen, erklärte im Sommer 2009 Sozialminister Hundstorf. Das erinnert daran, dass schon Ende der 1980er-Jahre die 35-Stunden-Woche von Gewerkschaften gefordert wurde – in Relation zu den Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte könnte man inzwischen wohl schon die 20-Stunden-Woche fordern, wie manche ÖkonomInnen immer wieder feststellen.

Vor diesem Hintergrund gilt es deutlich zu machen, dass Arbeitslosigkeit nicht in erster Linie ein Problem mangelnder oder falscher Qualifikation oder von Bildungsunwilligkeit ist, sondern ein massives Umverteilungsproblem. Wenn etwa Frauen, um ein Beispiel zu nennen, aufgefordert werden, „FIT“ zu werden für technische Berufe und damit in der Diskussion eine Reduktion der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede verknüpft wird, dann geht das am Kern des Problems vorbei. Frauen verdienen nicht weniger, weil sie die falschen Berufe ergreifen, sondern weil sie Frauen sind und sogenannte typische Frauenberufe unterbewertet werden. Das Problem ist also nicht, das manche „nur“ Supermarktkassiererinnen sind, sondern was sie dafür bezahlt bekommen.

Resümee

Die Hoffnungen, dass Steigerung der Produktivität die Arbeitszeit verkürzen und so zu mehr Freizeit und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten führen werde, haben sich also nicht nur nicht erfüllt, sondern ins Gegenteil verkehrt. Frei werdende Zeit kehrt sich in Gestalt der Arbeitslosigkeit gegen die Arbeitenden. Trotzdem gilt es über Arbeit nicht nur im Sinn des Mangels, der Mangelverwaltung und der Verteilungungerechtigkeit nachzudenken. Marx definierte Arbeit etwa auch als „freie, schöpferische und selbstbestimmte Entwicklung der menschlichen Kräfte“.

In diesem Sinn muss Arbeit mehr sein als Existenzsicherung, sie muss demokratisch gestaltet werden und sie muss sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten. Auch wenn das vielen inzwischen beinahe anstößig erscheint, müssen wir uns die Frage stellen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen und ob wir uns eine Wirtschaftspolitik leisten können, die einer so großen Zahl von Menschen grundlegende Bedürfnisse und Lebenschancen schlicht verwehrt.

Literaturhinweise

- Altvater, Elmar/Birgit Mahnkopf: Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt, Münster 2007.
- Bröckling, Ulrich: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a. M. 2007.
- Dörre, Klaus: Gibt es ein nachfordistisches Produktionsmodell? Managementprinzipien, Firmenorganisation und Arbeitsbeziehungen im flexiblen Kapitalismus, in: Mario Candeias/Frank Deppe (Hg.), Ein neuer Kapitalismus? Hamburg 2001, S. 83–107.
- Gaßmann, Heiner (2006 [2001]): Soziale Sicherheit und Kapitalmobilität. Hat der Sozialstaat ein Standortproblem?, in: Erna Appelt/Alexandra Weiss (Hg.), Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten, Hamburg 2006, S. 47–64.
- Lunzer, Gertraud: Struktur und Verteilungswirkung des österreichischen Steuersystems, in: Kurswechsel H. 1 (2006), S. 14–24.
- Pongratz, Hans J./Günter Voß: Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierung in entgrenzten Arbeitsformen (Forschung Hans Böckler Stiftung, Bd. 47), Berlin 2004.
- Watch Group. Gender und öffentliche Finanzen: Elemente einer Gender-Analyse des Steuersystems, in: Kurswechsel H. 1 (2006), S. 25–36.

Anmerkungen

- 1 EUROSTAT, Teilzeitquote im EU-Vergleich, http://www.dnet.at/elis/Tabellen/arbeitsmarkt/amin-ter_teilzinter.pdf (Zugriff 9.5.2009); Kammer für Arbeiter und Angestellte, AK Frauenbericht 1995–2005. Arbeit – Chancen – Geld, Wien 2006, S. 17–18.
- 2 Arbeiterkammer Tirol, Die Lage der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Tirol 2006, Innsbruck 2007, S. 23.
- 3 Vgl. Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf, Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt, Münster 2007.
- 4 Erbschaftssteuern, Grundsteuern, Vermögenssteuer, Grund- und Kapitalverkehrssteuer usw.
- 5 Vgl. Heiner Gaßmann, Soziale Sicherheit und Kapitalmobilität. Hat der Sozialstaat ein Standortproblem?, in: Erna Appelt/Alexandra Weiss (Hg.): Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten, Hamburg 2006, S. 47–64; Gertraud Lunzer, Struktur und Verteilungswirkung des österreichischen Steuersystems, in: Kurswechsel H. 1 (2006), S. 14–24; Margit Predl, Schätzung von Vermögen in Österreich, in: Martin Schenk/Albert Brandstätter/Sibylle Brunner (Hg.), Reichtum in Österreich. Was Reichtümer vermögen. Zwischen globalem Roulette und sozialem Ausgleich, Wien 1998, S. 42–47; Watch Group. Gender und öffentliche Finanzen, Elemente einer Gender-Analyse des Steuersystems, in: Kurswechsel H. 1 (2006), S. 25–36.
- 6 Der Median ist der Mittelwert, er bezeichnet die Grenze zwischen zwei Hälften. In Bezug auf die Verteilung von Einkommen bedeutet etwa das Medianeinkommen, dass 50% ein höheres Einkommen haben und 50% ein niedrigeres Einkommen. Der Median ist nicht zu verwechseln mit dem Durchschnittswert, der durch extrem abweichende Werte (z. B. ein paar wenige extrem hohe Einkommen) verzerrt werden kann.
- 7 Dezile sind Zehntelwerte, sie zerlegen die Verteilung in zehn gleich große Teile.
- 8 Kammer für Arbeiter und Angestellte, AK Frauenbericht 1995–2005, S. 25.

- 9 APA-Pressemitteilung 4.3.2009; Gehälter: Frauen verdienen ein Viertel weniger, Die Presse, 4.3.2010, www.diepresse.com/home/wirtschaft/economist/544253/print.do (Zugriff 5.4.2010).
- 10 Vgl. Altvater/Mahnkopf, Konkurrenz für das Empire.
- 11 Danièle Meulders, Europa und die Flexibilität, in: Beate Krais/Margaret Maruani (Hg.), Frauenarbeit – Männerarbeit. Neue Muster der Ungleichheit auf dem europäischen Arbeitsmarkt, Frankfurt/New York 2001, S. 336–351, hier S. 336–337.
- 12 Klaus Dörre, Gibt es ein nachfordristisches Produktionsmodell? Managementprinzipien, Firmenorganisation und Arbeitsbeziehungen im flexiblen Kapitalismus, in: Mario Candeias/Frank Deppe (Hg.), Ein neuer Kapitalismus? Hamburg 2001, S. 83–107.
- 13 Hans J. Pongratz/Günter Voß, Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierung in entgrenzten Arbeitsformen (Forschung Hans Böckler Stiftung, Bd. 47), Berlin 2004.
- 14 Ulrich Bröckling, Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a. M. 2007.
- 15 Arbeitsmarktservice Österreich (AMS), Professionelle Problemlösungen für den Arbeitsmarkt und Stärkung der KundInnenorientierung. Längerfristiger Plan des Arbeitsmarktservice Österreich 2006–2008, Wien 2006.
- 16 Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Zweites Österreichisches Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung 2008–2010, Wien 2008, S. 43, <http://www.lissabon-strategie.at/NR/rdonlyres/AF3B1EBC-B35F-4480-87D5-EBF4D4128A09/0/zweitesNationalesReformprogramm.pdf> (Zugriff 24.7.2009).